

die farbechten

DIE LINKE.

Zeit für Taten!

Ihr verkauft uns nicht mehr für dumm!

Etwas, das uns alle angeht, ist die Waffenungleichheit zwischen den Politikern und uns Bürgern. Oft wird einem der Zugang zu klarer Information schwer bis unmöglich gemacht. Ob z.B. als Gewerbetreibender oder als Mieter der Nassauischen Heimstätte: Keine greifbaren Informationen zu haben, lässt uns warten und raten – und frustet ohne Ende.

Wer will schon zum Spielball politischer Machenschaften oder gar medialer Spekulationen werden – ganz abgesehen von kapitalmächtigen Hintermännern. Aus diesem Grund halten wir es für wichtig, dass sich z.B. die Bürgerinitiative Siedlung Westhausen gegründet hat.

Die wichtigsten Themen und Diskussionen aus der Arbeit der Fraktion die farbechten / dieLinke im Ortsbeirat 7 werden hier folgend dargestellt, vor allem jene, in denen sie eigene Anträge eingebracht hat. Dabei sind Erfolge und Nicht-Erfolge erkennbar und gleichermaßen vertreten. Unseren beiden Vertretern im Ortsbeirat, Claus David und Dr. Peter Gärtner, ist es oft gelungen, Mehrheiten zu erringen. Im Stadtparlament allerdings lehnt die Mehrheit aus CDU und Grünen grundsätzlich alle Anträge der Linken ab – oder übernimmt sie einfach.

Ein Ortsbeirat hat zwar nur geringe Kompetenzen, aber er kann nachfragen, er kann Informationen einfordern, er kann die Betroffenen rechtzeitig informieren und ermuntern, ihre Meinung durch den Ortsbeirat in die Debatte der Stadtverordneten einzubringen.

Übrigens: Mehrheiten können sich ändern!



Tausende auf dem Römerberg für eine soziale und gerechte Politik: DGB-Aktionstag am 21. 10. 2006

Ortsbeirat 7:

1 Jahr erfolgreiche (Zusammen-) Arbeit von farbechten / die Linke!

Aber jetzt gibt's plötzlich



Frauenkabarett HickHack „Best of“

Dienstag, 2. Oktober 2007, 20.00 Uhr, Einlass: 19.30 Uhr

Eintritt: 6,- Euro, ermäßigt: 3,- Euro

Ess- und Trinkbares zu erschwinglichen Preisen

Evangelisches Gemeindehaus,

Alexanderstr. 37 HH, Frankfurt - Rödelheim

Die vier HickHack-Frauen präsentieren ihr „Best of“, eine bunte Revue von Sketchen, Parodien und Songs aus drei erfolgreichen Programmen. Es spielen und singen: Ingrid Haertel, Helga Schenk, Johanna Voss, Birgit Winterling.

Inhalt

Schön auf kleiner Flamme KOCHEN lassen.	S. 2	•••	Brentano lebt!	S. 3
Menschenskinder!	S. 2	•••	Unendliche Geschichte mit happy end?	S. 4
Bürgerhaushalt	S. 2	•••	Neues von der Ortsumfahrung Praunheim	S. 4
Spekulationswahnsinn	S. 3	•••	DIE LINKE.im Römer fordert: Schluss mit Steuergeschenken!	S. 4
Strafgebühren für Fußballturnier	S. 3	•••		
Ja zur Religionsfreiheit, ja zur Toleranz	S. 3	•••		

AB IN DEN LANDTAG!



Dr. Peter Gärtner

52 Jahre, 3 Kinder, Energieberater: „Bei der Landtagswahl am 27. 1. 2008 trete ich als unabhängiger Direktkandidat für die Linke in unserem Wahlkreis an. Wie schon in den 10 Jahren, die ich Mitglied des Ortsbeirates 7 war, möchte ich zeigen, dass es soziale und ökologische Alternativen zu der vorherrschenden Politik gibt. Ich werde aber weiterhin die Ortsbeiratsfraktion der farbechten aktiv unterstützen, wieder mehr im Hintergrund und weniger im Rampenlicht der Öffentlichkeit.“

AKTIV IM ORTSBEIRAT 7



Claus David

61 Jahre, 3 Kinder, Schreinermeister, seit 10 Jahren Mitglied des OBR 7



Inge Pauls

53 Jahre, 3 Kinder, Studienrätin, 24 Jahre aktives SPD-Mitglied, Austritt wegen rot-grüner Beteiligung am Kosovo-Krieg; jetzt: Die Linke

Schön auf kleiner Flamme KOCHEN lassen.

Was wird nach der Landtagswahl aus der Nassauische Heimstätte (NH) mit ihren rund 44.000 Wohnungen werden? Einen Verkauf der Landsanteile an einen privaten Investor könnte weder ein ominöses „Vetorecht“ der Stadt Frankfurt verhindern noch eine politische Absichtserklärung aus dem Frankfurter Stadtparlament. Im ersten Fall bliebe außerdem offen, ob ein Vetorecht juristisch überhaupt durchgesetzt werden könnte, denn letztendlich wird dann doch von den meisten Gerichten mit dem Argument der „wirtschaftlichen Wertbarkeit“ zugunsten eines Verkaufs entschieden. Im zweiten Falle wäre eine Erklärung des Frankfurter Stadtparlamentes bedeutungslos – ohne Befugnis gegenüber einem mehrheitlich landeseigenen Unternehmen.

Wie die in der Vergangenheit durchgeführten Privatisierungen von staatlichen Wohnungsbaugesellschaften gezeigt haben, dürften in erster Linie die Mieter und deren Interessen bei einer solchen Privatisierung auf der Strecke bleiben: Sie müssten dann mit erheblichen Modernisierungsmaßnahmen, Umwandlung in Eigentumswohnungen und steigenden Mieten seitens des neuen Eigentümers rechnen.

Die hessische CDU versucht immer dann die Wählerschaft durch das Zünden von Nebelkerzen einzuschläfern, wenn Wahlvor der Tür stehen. Auch kürzlich wies der CDU-Fraktionsvorsitzende des OBR 7 in einer Presseerklärung darauf hin: „Es werde keinen Verkauf der NH geben“. Eine



„Helft mir doch! Die wollen mich fertigmachen!!!“

wenigstens halbwegs haltbare Begründung hierfür lieferte er jedoch nicht. Damit zumindest befindet sich Herr Dr. Kroneisen in bester Gesellschaft: Der privatisierungspolitische Sprecher und Landtagskandidat Ulrich Caspar (CDU) stolpert beim Ausblenden der Wahrheit zum drohenden Ausverkauf der Nassauischen Heimstätte ja auch ständig über die widersprüchlichen Aussagen der CDU.

Parlamentsprotokolle und Fraktionsanfragen aus dem hessischen Landtag spre-

chen jedoch Klartext. In ihnen werden die Verkaufsabsichten der NH von Seiten der CDU ganz klar und ausdrücklich befürwortet. Zitat aus der Drucksache 16/1986 vom 13.7.2004 zur Beteiligung des Landes Hessens an der Nassauischen Heimstätte: „wird aber auch hier mittelfristig eine Privatisierung angestrebt“. Und „mittelfristig“ dürfte in diesem Fall vermutlich heißen, irgendwann nach den Landtagswahlen.

Frank Hamburger

Bürgerhaushalt

Ganz schön verarscht!

Neulich hatte ich die Ehre einer Einladung in den großen Plenarsaal des Römers. Das Thema hieß: Ortsbeiratsbudget für Verschönerungs-, Gestaltungs- und Instandsetzungsvorhaben. Es wurde uns erklärt, wie die Ortsbeiräte in Zukunft den einen Euro pro Bürger des Ortsbezirkes ausgeben dürfen. Das sind für den Ortsbezirk Harheim immerhin 3.881 Euro im Jahr – und das reicht für ganze 2 bis 3 Meter Instandsetzung einer Staffenoberfläche! Das zeigt, was die Römerkoalition von CDU und Grünen vom Bürgerhaushalt halten und das Schärferste ist: Sie schaffen das Ganze gleich wieder ab, indem sie dem Ortsbeirat auch gleich noch die Folgekosten von ihrem Budget abziehen, sodass man davon ausgehen kann, dass das Geld nach einer Wahlperiode nur noch für die Instandhaltung drauf geht.

Wir, die farbechten/dieLinke, hatten bei der letzten Haushaltsberatung im Ortsbeirat einen Bürgerhaushalt gefordert. Das ist nichts Utopisches. Das gibt es schon in vielen Städten und hat den Sinn, die Menschen mitentscheiden zu lassen, was mit ihrem Geld in ihrem Stadtteil getan werden soll. Wir werden uns dafür einsetzen, nachdem der Ortsbeirat mit dem Budget Erfahrungen gesammelt hat, den Haushalt auszuweiten und die Bürger daran zu beteiligen. Der bisherige Haushalt der Stadt Frankfurt ist so wenig transparent, dass es schon einer besonderen Schulung bedarf, um ihn überhaupt lesen zu können. Die Beteiligung hat auch den Sinn, der Politikverdrossenheit entgegen zu wirken.

Claus David

Menschenskinder!



„Hurra, es fällt keine Schule mehr aus!!!“

Die Versorgung mit Kindergartenplätzen im Ortsbezirk hinkt seit Jahren dem Bedarf hinterher.

Die Situation für Eltern und Kinder in unserem Ortsbezirk hat sich in den vergangenen Jahren nicht verbessert – trotz mehrfach angemahnter und auch festgestellter Defizite. So zeigte der letzte Bericht des Magistrats wieder einmal (wie auch drei Jahre zuvor), dass die Versorgungsgrade bei Kindergartenplätzen in Praunheim und Rödelheim den Bedarf nicht decken können. „Praunheim gehört zusammen mit Nied, Griesheim und Nieder-Erlenbach zu den am schlechtesten versorgten Stadtteilen. Trotzdem wird es nicht bei den Planungsbezirken mit hohem oder erhöhtem

Handlungsbedarf genannt“, kritisierten die farbechten/dieLinke in einem Antrag die Politik des Magistrats. Der aber weist immer wieder auf eine Überversorgung in anderen Stadtteilen hin und mutet Eltern mit Kleinkindern zu, lange Wege zu Kindergärten außerhalb ihres Stadtteils in Kauf zu nehmen.

Planen ohne Zukunft

Ganz absurd wurde es, als das Stadtschulamt den Schulentwicklungsplan 2006 ohne jede Information oder Rücksprache veröffentlichte. Die Schulleiter hatten keine Ahnung, was die Stadt mit ihren Schulen plante. Auf Initiative der farbechten/dieLinke wurden zwei Anträge zur Verbesse-

rung der Situation der Schulen im Ortsbezirk gestellt. Die im Schulentwicklungsplan dokumentierten steigenden Schülerzahlen erfordern weitreichende Investitionen in die Schulen (nicht nur die nachzuholenden Reparaturen, die wegen der Sparmaßnahmen jahrelang versäumt wurden), vor allem müsse dem steigendem Raumbedarf Rechnung getragen werden.

Anstatt den Bedarf anzuerkennen, werden Anliegen von Schulen nur ganz zögerlich realisiert. Das traurige Beispiel der Pausenhalle der Michael-Ende-Schule belegt dies.

Fastenzeit für Schulkinder?

Durch die Verkürzung der Schulzeit von 8 auf bisher 9 Schuljahre haben viele Schüler nun viel mehr Unterricht pro Tag. Sie sind regelmäßig bis in den Nachmittag hinein in der Schule und brauchen ein vernünftiges Mittagessen. Dafür hat das Kultusministerium aber nicht gesorgt – nun bleibt es den Kommunen als Schulträger und den Schulen überlassen, wie sie das Problem lösen. Der Streit zwischen Elternvertreter und Magistrat, wie teuer ein gutes Mittagessen für Schulkinder kosten darf, wie viel die Eltern bezahlen sollen und ob die Stadt Zuschüsse gibt, ist noch in der Schwebe. Bei den Berechnungen für Hartz IV-Empfänger werden die gesamten Kosten für die Versorgung eines 14-jährigen Jugendlichen mit Essen mit 3,42 € pro Tag (davon wird kein Jugendlicher satt!) veranschlagt. Großzügig bei der Senkung der Gewerbesteuer – aber bei Ausgaben für Schulkinder werden sie zu Pfennigfuchsern.

U plus – ein Thema nicht nur für den Ortsbezirk

Die „Unterrichtsgarantie plus“ stand am Anfang des Schuljahres im Zentrum der öffentlichen Debatte. Die Pläne der Kultusministerin, ausfallenden Unterricht* mit Aushilfskräften zu bedienen, wurde auch im Ortsbeirat 7 kritisiert. Nur die CDU-Fraktion konnte nichts Schlechtes daran finden, unprofessionellen Unterricht erteilen zu lassen. Die amtliche Stellungnahme des Magistrats zum Antrag der farbechten/dieLinke belegt: ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis wird von U-plus-Kräften genauso wenig verlangt wie ein polizeiliches Führungszeugnis. Unterrichten kann danach jeder – egal wer, egal wie! Entscheiden muß die Schulleitung der jeweiligen Schule, die gleichzeitig dem Druck der Schulaufsicht unterliegt, keinen Unterricht ausfallen zu lassen. Die Millionen Steuergelder hätten auch genutzt werden können, um Lehrer einzustellen. Die Realität hat das mit riesiger Werbekampagne ausgestattete Programm längst ad absurdum geführt: Je länger das Schuljahr 06/07 ins Land ging, um so mehr Unterricht fiel wieder aus! Und die Perspektive? „Die Unterrichtsgarantie plus wurde nicht mit einer zeitlichen Begrenzung eingeführt.“ (Stellungnahme des Magistrats, ST 191)

* die Versorgung der Schulen mit Lehrerstunden je Schüler liegt nicht bei 100 %, sondern bei 94 – 96 %, d. h. auch wenn alle Lehrer ständig gesund wären, fielen Unterricht aus!!

Inge Pauls

Spekulationswahnsinn

Oder fachliche Inkompetenz des schwarz/grünen Stadtparlaments?

Südlich der Rödelheimer Landstraße soll nach dem Willen der Stadt Frankfurt ein neues Stadtviertel mit Wohnungen und Büros entstehen. Auf den ersten Blick nichts Schlechtes, wenn es dort nicht bereits alt eingessene Betriebe gäbe, welche genau dieser Stadtplanung ein Dorn im Auge sind. Anstatt diese teilweise seit 50 Jahren bestehenden Betriebe und deren zukünftige Expansionswünsche in die Bauplanung mit einzubeziehen, werden Bauanträge der ortsansässigen Betriebe erst monatelang überhaupt nicht bearbeitet und dann mit einer Veränderungssperre endgültig kalt gestellt. In eben jener Magistratsvorlage M71 wird deren langjährige Geschäftstätigkeit kurzerhand die Zukunft genommen.

Die Wunden aus dem Desaster mit dem klangvollen Namen 3|4|3 West (Siemensstadt) sind noch nicht richtig verheilt, da wird dem Mittelstand erneut gezeigt, dass dieser nur in Wahlzeiten von unseren derzeitigen Stadtregernden wirklich wahrgenommen wird, und außerhalb dieser Jahreszeit die Schnauze zu halten habe.



Mittelständisches Gewerbe an der Rödelheimer Landstraße

Schlussendlich wisse man im Stadtparlament schließlich, was gut für den Mittelstand ist und was nicht! Und dass es genau dieser Mittelstand ist, welcher die dringend benötigten Arbeitsplätze in unserer Region sicherstellt, scheinen einige Stadtverordnete bei der Aussicht auf ein lukratives Spekulationsgeschäft bei diesem Gelände irgendwie vergessen zu haben. Hauptsache, Grundstücksspekulanten wie die Rheinische Versorgungskasse oder der Allgemeine Almosenkasten (eine von der Stadt verwaltete Stiftung) können sich kräftig an diesem Grundstücksdeal gesunden stoßen. Obwohl der Antrag der farbechten und Linken gegen eine solche Veränderungssperre im Ortsbeirat 7 einstimmig angenommen wurde und trotz der Versicherung des CDU-Stadtverordneten Patrick Schenk, sich für die Gewerbetreibenden einzusetzen, wurde im Stadtparlament mit der Mehrheit aus CDU und Grünen die Veränderungssperre beschlossen. Da stellt sich natürlich die Frage, wer hinter den Kulissen noch an diesem Geschäft verdient!

Frank Hamburger

Strafgebühr für Fußballturnier



„Wann spielt unsere Mannschaft?“ – Fußballturnier auf der Kullmannswiese Anfang Juli 2006

Vom 30.6. bis zum 2.7.2006 fand auf der Kullmannswiese in Rödelheim ein großes Fest mit Fußballturnier (beworben als „antirassistisches Fußballturnier“) statt. Diese Veranstaltung wurde von engagierten RödelheimerInnen getragen und organisiert. Die Anmeldung übernahm ein Mitglied des Stadtteilprojektes Rödelheim (inzwischen Zusammen e. V.). Das Fest wurde als ein Stadtteilfest mit Fußballturnier und „offene und öffentliche Veranstaltung im Stadtteil Rödelheim“ mit einer erwarteten Personenzahl von 200 – 300 Personen vom Grünflächenamt gegen eine Gebühr von 50 Euro genehmigt.

Mit großem Engagement wurde das Fest organisiert: Die Kullmannswiese wurde vorher von den Veranstaltern gemäht, Essen und Getränke gab es kostenlos, hinterher wurde so gut aufgeräumt, dass das Grünflächenamt keine Beanstandungen meldete. Die Unkosten konnten gerade durch Spenden abgedeckt werden. Das Fest war ein voller Erfolg für die RödelheimerInnen und ihre Gäste, denn es kamen mehr Personen als erwartet, nämlich ca. 500.

Am 19.7.2006 forderte das Grünflächenamt plötzlich eine zwölffach höhere Gebühr von 625 Euro „für die Nutzung von Grünanlagen bis 500 Personen“ mit der Begründung, „dass es sich nicht um ein Stadtteilfest handelte“. Im anschließenden Widerspruchsverfahren wurde mit Bescheid vom 22.1.2007 nachgeschoben:

► Die Veranstaltung sei „vergleichbar einer Veranstaltung einer Firma oder eines Gewerbetreibenden“.

Ja zur Religionsfreiheit, ja zur Toleranz

Der Streit um die geplante Moschee am Fischsteinkreisel in Hausen treibt immer bizarrere Blüten. Aufgeschreckt durch eine „Bürgerinitiative gegen die Moschee“ greifen Populisten – und leider auch CDU-Politiker des Ortsbeirats – Bedenken auf und machen daraus Stimmung. Öffentliche Äußerungen schüren Ausländerfeindlichkeit und schieben Recht und Gesetz beiseite. Das Vokabular – „Überfremdung“, „ethnische Wirtschaft“ – ermuntert Rassistin und rechtsradikale Parteien wie NPD und REPs, in Hausen mitzumischen. Gespräche, die sich um Offenheit und Konsens bemühen, werden so unmöglich gemacht. Für uns gilt grundsätzlich: Menschenrechte sind nicht teilbar. Zu den Menschenrechten gehört die Religionsfreiheit und als Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens in

Dies ist eine absurde Behauptung angesichts des rein ehrenamtlichen Engagements und der kostenlosen Bewirtung. ► Das Fußballturnier „wurde unter eine politische Zielsetzung gestellt“.

Dies ist in der Tat so („antirassistisches Fußballturnier“), aber wieso diese Tatsache eine höhere Gebühr rechtfertigt in einem Land, in dem zum Glück immer noch das Grundgesetz gilt, ist nicht einsehbar.

Wir finden es unerträglich, dass der Magistrat den hohen zeitlichen und ideellen Einsatz von engagierten BürgerInnen für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen nachträglich mit hohen Gebühren bestraft, und das auch noch mit Begründungen, die erahnen lassen, dass es einige Leute im Magistrat stört, dass es antirassistische Initiativen gibt. Solche Initiativen sollten besser gefördert werden, anstatt sie zu bekämpfen!

Unsere Forderung, die Gebührenerhöhung zurückzunehmen, wurde allerdings unter dem empörten Protest der anwesenden Bürger vom Ortsbeirat abgelehnt, da die CDU und Michaela Will von der SPD der Meinung waren, in einen laufenden Rechtsstreit dürfe man nicht eingreifen. So stellen sich diese Damen und Herren also die Kontrolle des Magistrats durch die Parlamente vor: Schweigen und Wegschauen! **Letzte Meldung:** Kick-it 2 vom 7. – 9.9.2007 wurde genehmigt für den Pauschalpreis für Vereine des nunmehr gegründeten Vereins **Zusammen e. V. von 375,- Euro.** Da der Verein gemeinnützig ist, übernimmt die Stadt diese Kosten zur Gänze. Peter Gärtner

einer Gemeinschaft die religiöse Toleranz. Wenn man sie für eine Gruppe in Frage stellt, stellt man diese Grundsätze überhaupt in Frage. Religiöse Gemeinschaften stellen ein Bindeglied für den einzelnen in seinem Lebensumfeld dar und stabilisieren die soziale Situation. Islamische Gemeinden helfen Migranten bei der Integration, zumal wenn sie sich zum Grundgesetz und zur Hessischen Verfassung bekennen und als Deutsche muslimischen Glaubens in Frankfurt leben wollen. Integration bedeutet, dass Einwanderer in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und dort auch ihren Platz z. B. für ihre Religion finden können. Diese Selbstverständlichkeit wird sich positiv auswirken auf das Gemeinschaftsleben, werden da-

Brentano lebt!

Der Brentano-Park ist so etwas wie die Seele von Rödelheim – welches Rödelheimer Kind hat nicht mal auf den Löwen am Sandkasten gegessen oder mit den Eltern den Sonntagspaziergang dort machen müssen? Leider sind die Schmuckstücke des Parks sträflich vernachlässigt worden: Aus dem Rosenbeet wurde ein Distelfeld, der Rosengang hatte Wachstumsstörungen, die Rhododendron-Höhle verschwand eines Tages sang- und klanglos und der Baumschnitt fiel zuweilen so rabiat aus, dass nicht viel übrig blieb.



Schuld daran sind die Sparmaßnahmen der Stadt, wie sich durch Nachfrage der farbechten/dieLinke herausstellte: nicht stadt-eigene Gärtnere, sondern Fremdfirmen mit dem kostengünstigsten Angebot, d. h. mit den billigsten Arbeitslöhnen, führen die Aufträge der Stadt aus. Dass dabei qualifiziertes Personal eingesetzt werden kann, ist kaum zu erwarten.

Andererseits stehen aber 1,2 Millionen Euro zur Verfügung, wenn es darum geht, den Park „historisch“ aufzumöbeln. Im Zentrum sollen – wegen der historischen Durchsicht – eine Verlegung der Brücke am Petrihäuschen um ein paar Meter, eine Verlegung des Eingangs am Parkweg und Verengungen bzw. Beseitigung von Wegen stehen. Außerdem soll das pflegeintensive Rosenbeet verschwinden. Geld für neue Lampen ist nicht im Etat – dafür ist ein anderes Amt zuständig. Das wiederum darf aber keine neuen Lampen errichten, sondern nur bestandserhaltende Maßnahmen durchführen.

Wer das alles verstehen will, denke sich Frankfurt als Schildburg. Claus David

mit doch Probleme z. B. mit ausgegrenzten und auffälligen Jugendlichen aus Migrantenfamilien zum Problem aller. Ernst zu nehmen ist das Verkehrsproblem. Der vorgesehene Ort ist im Grunde ideal für einen Gemeindefestsaal, liegt er doch in unmittelbarer Nähe einer U-Bahn- und Bushaltestelle und eines großen, neuen Parkplatz, der ausreichend Platz bietet für die anvisierten 100 – 200 Besucher, der zudem noch kostenpflichtig ist und die Attraktivität des ÖPNV erhöht. Die Gemarkung liegt nicht im Wohngebiet. Zu erwarten ist eher, dass sich bei den meisten Veranstaltungen keine gravierenden Parkplatznöte auftun. Da aber jede Nutzung Verkehrsprobleme nach sich zieht, sind die Verkehrsströme zu beobachten und gegebenenfalls zu entzerren. Inge Pauls

Unendliche Geschichte mit happy end?



Nachdem viele Jahre um den barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Rödelheim gestritten wurde, hat der Magistrat endlich im März 2007 die Bau- und Finanzierungspläne vorgelegt, sodass einem Baubeginn im Jahre 2008 nichts mehr im Wege stehen dürfte. Es werden neue Rampen zur Unterführung gebaut, sodass die Hauptforderung der Bürgerinitiative stufenlos – vereintes Rödelheim erfüllt ist.

Die vorgelegten Pläne weisen aber noch einige Mängel auf. Es fehlt z. B. ein Zugang zum Bahnsteig nördlich des Bahnhofgebäudes als Ersatz für die Verengung des südlichen Zugangs, und der Bürgersteig in

der Westerbachstraße soll durch Parkplätze stark verengt werden.

Der Ortsbeirat lehnte es ab, sich überhaupt mit den Kritikpunkten unseres Antrages zu beschäftigen und stimmte den Plänen der Stadt unbedenkenlos zu. Damit verweigerte es der Ortsbeirat erneut, den Magistrat zu kontrollieren, wie es eigentlich seine Aufgabe wäre. Aus dem Versagen von 1999, als der Ortsbeirat Plänen ohne Rampen zustimmte, haben die Mehrheitsfraktionen leider nichts gelernt. Es bleibt damit nur zu hoffen, dass die Planer im Magistrat auch ohne formellen Auftrag diese offensichtlichen Mängel während der Detailplanung noch korrigieren.

Peter Gärtner

Neues von der Ortsumfahrung Praunheim

Obwohl die Ortsumfahrung Praunheim mit einer Fortführung im Tunnel bis zum Nordwestzentrum im Gesamtverkehrsplan für Frankfurt verankert ist, wird weiter darüber gestritten. Denn einer geringfügigen Verkehrsentslastung von Praunheim um ca. 30 % stehen gewaltige Nachteile entgegen: Zusätzliche Belastungen und Gefährdungen für die Bewohner der Nordweststadt, hohe Baukosten, Zerstörung eines Naherholungsgebietes und Wasserschutzgebietes, Fixierung einer nicht nachhaltigen und nicht zukunftsfähigen Verkehrspolitik.

Die neueste Idee des Magistrates ist es, in einer Planungswerkstatt Bürger und Ortsbeiräte aus den betroffenen Stadtteilen an einen Tisch zu bringen, um eine akzeptierbare Lösung zu erarbeiten. Für den Magistrat ist das eine Vereinfachung seiner Arbeit, kann er so doch die Verantwortung für diese Planung von sich wegschieben und den Ärger der Betroffenen auf die Ortsbeiräte abwälzen.

So wird der an sich richtige Weg für mehr Bürgerbeteiligung zu einer Farce, zumal die Mehrheitsfraktionen des Ortsbeirates 7 beschlossen haben, sich nur an der Planungsworkstatt zu beteiligen, wenn dort nicht über Alternativen diskutiert wird. Um festzulegen, ob die Tunneleinfahrt rot oder grün gestrichen wird, braucht es keine Planungsworkstatt. Eine breite Akzeptanz in allen Stadtteilen ist nur erreichbar,

wenn die Lasten gleichmäßig verteilt werden und auch über Alternativen zum Autoverkehr diskutiert werden kann. Denn der Autoverkehr wird nur dann abnehmen, wenn es andere Angebote gibt, mit denen man seine Ziele ebenfalls bequem und schnell erreichen kann.

Peter Gärtner

Impressum & Kontakt

Redaktionelle Mitarbeit:
Alexander Oolo, Frank Hamburger

Karikatur: Annette Dietrich

Gestaltung: Hans-Peter Köhler

Kontakt zu den farbechten / DIE LINKE:
Claus David, Breitlacher Str. 56,
60489 Frankfurt, Tel. + Fax: 78 42 69,
E-mail: david.buc@web.de
Inge Pauls, Schenckstr. 66,
60489 Frankfurt, Tel: 7 89 54 50,
E-mail: ingepauls@web.de

Internet: <http://www.linke-frankfurt.de>
Internet: <http://www.die-farbechten.de>

Spendenkonto: Peter Gärtner,
Konto-Nr: 8 011 697 700 bei der GLS,
BLZ: 430 609 67

Aus dem Römer

DIE LINKE.im Römer fordert: Schluss mit Steuergeschenken!

Geld für Menschen, nicht für die Konzerne!

Im September des vergangenen Jahres hat die Fraktion DIE LINKE. im Stadtparlament einen Antrag eingebracht, den damaligen Gewerbesteuererhebesatz beizubehalten. Die schwarz-grüne Mehrheit hat aber trotzdem – vorgeblich um neue Unternehmen anzusiedeln und somit Arbeitsplätze zu schaffen – den Steuersatz um 30 Punkte gesenkt. Ein Steuergeschenk, welches zu 75% den fünfzig größten Unternehmen am Standort Frankfurt zugute kommt, aber die kleinen Gewerbetreibenden nicht entlastet, ist einerseits allenfalls sinnlos zu nennen. Selbst der linken Umtriebe unverdächtige NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) sprach ja seinerseits davon, dass der



de. Dies betrifft Anträge zur Ausweitung der Leistungen für sog. „Frankfurt - Pass - Inhaber“ (freiwillige soziale Leistung der Kommune) und Forderungen nach Weihnachtzuschüssen für Rentnerinnen und Rentner ebenso, wie wichtige Aufgaben der Integration und der Bildung.

Zur nächsten Sitzung beantragen wir so z. B. die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die Preiserhöhungen des RMV zurückzunehmen und für Kinder aus sozial benachteiligten Familien einen Fonds zu schaffen, der gerade HARTZ IV-betroffenen Eltern finanzielle Unterstützung zur Anschaffung der nötigen Schulmittel bietet. Man darf gespannt sein, wie vor dem Hintergrund der vor einem Jahr getroffenen Entscheidung diese Anträge behandelt werden!

Eine Politik, die Großunternehmen einseitig entlastet, die dann trotzdem Arbeitsplätze abbauen oder Lohnsenkungen verkünden (als Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit können hier ALLIANZ und die DEUTSCHE TELEKOM dienen) und hierbei die sich vertiefende soziale Spaltung in der Stadtgesellschaft außer Acht lässt, ist mit der LINKEN im Römer nicht zu machen. Die sechs Stadtverordneten unserer Fraktion werden auch weiterhin den Finger in diese Wunde legen und für die Betroffenen der unsocialen Politik der Römerkoalition kämpfen. Gern können Sie uns kontaktieren:

E-Mail: info@DieLinke-Fraktion.Frankfurt.de
Telefon: 0 69 / 95 92 909 - 15

Zusammenhang zwischen Steuergeschenken und der Schaffung neuer Arbeitsplätze eine der „Lebenslügen“ seiner Partei sei.

Diese Entscheidung verhindert auch notwendige Ausgaben im sozialen Bereich. Die Kosten für diesen verheerenden Beschluss, der sich dieser Tage jährt, belaufen sich auf unvorstellbare 300 – 400 Millionen Euro für die gesamte Legislaturperiode!

Für die Stadtverordneten unserer Partei ist es unvermeidbar, dass praktisch jeder Antrag, der von uns seitdem eingebracht wurde, um sinnvolle Ausgaben im sozialen Bereich zu finanzieren, mit dem Verweis auf die „hohen Kosten“ abgelehnt wur-